

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

Nr. 192/2001

Kiel, Donnerstag, den 31.05. 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

In seinem Redebeitrag zu **TOP 34** (Bericht der Landesregierung über das Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon) erklärte der jugend- und familienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Das Kinder- und Jugendtelefon und aber auch das Elterntelefon sind ein besonderer Beitrag für die ehrenamtliche Tätigkeit in Schleswig-Holstein.

Durch diese soziale Einrichtung wird überwiegend in ehrenamtlichen Engagement ein wichtiger Beitrag in der Kinder- und Jugendpolitik auf freiwilliger Basis geleistet.

Nicht zuletzt wird durch das Ehrenamt die so wichtige Einrichtung wie das Kinder- und Jugendtelefon am Leben erhalten.

Zum einen bringen die ehrenamtlichen Helfer für 60 bis 72 Stunden Ihrer Freizeit für die Ausbildung auf, zum anderen zahlen die erwachsenen Helfer die Kosten von 250 Mark pro Kurs selbst. Das alles, um den hohen Ausbildungs- und Qualitätsstandart an den Telefonen zu gewährleisten. Dieses Engagement wird zusätzlich von einigen Sponsoren unterstützt, die ein Großteil der anfallenden Kosten übernehmen.

Hier zeigt sich, was ehrenamtliche Arbeit der über 130 Mitarbeiter und private Initiative alles schaffen kann, von dem auch das Land Schleswig-Holstein im Sozialbereich sehr profitiert. Aus diesem Grunde möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Arbeit bei den vielen Helfern bedanken.

Es ist schon traurig, wenn trotz des hohen Engagements und des hohen Spendenaufkommens es immer noch nicht geschafft wird, eine Deckungslücke von 36.000 Mark zu überbrücken.

Jedes Jahr aufs neue müssen die Beteiligten darauf hoffen, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit honoriert wird. Die FDP-Landtagsfraktion sieht in beiden Nottelefonen als einen sehr wichtigen und notwendigen Beitrag zur Kinder- und Jugendpolitik.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

Wie ich dem Bericht entnehmen konnte, sieht das die Landesregierung genauso.

Dann aber würde es der Landesregierung gut anstehen – auch unter Berücksichtigung der Ausweitung der Beratung durch das sogenannte Elterntelefon – einmal über die weitere Zukunft und der Kinder- und Jugendpolitik nachzudenken – das wäre jedenfalls die logische Konsequenz aus den bisherigen Ankündigungen.

Es ist schon sehr erstaunlich, wenn erst jetzt mit den Kreisen und kreisfreien Städten ein dauerhaftes Finanzierungskonzept entwickelt werden soll, Frau Ministerin Lütkes.

Schließlich bestehen die Kinder- und Jugendtelefone nicht erst seit diesem Jahr.

Die Versäumnis im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird besonders deutlich, wenn durch das Ministerium in diesem Bericht nicht einmal konkrete Vorschläge unterbreitet werden, wie man denn künftig vorgehen will. Von einem langfristigen Konzept kann hier überhaupt keine Rede sein.

Angesichts knapper Kassen ist es auch den ehrenamtlich Tätigen klar, dass sie keine großen Unterstützungsleistungen erwarten können.

Es ist deshalb grundsätzlich darüber nachzudenken, ob es nicht mehr Sinn macht, zu noch mehr privaten Engagement aufzurufen und gerade dieses Engagement noch mehr zu fördern.

Die Probleme beim Erhalt des Kinder- und Jugendtelefons sowie des Elterntelefons zeigen uns, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Denn wer die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und hilfesuchenden Eltern wirklich ernst nimmt und nicht nur eine Statistik darüber anlegen lässt, wie oft jemand angerufen hat, der sollte die Gelegenheit jetzt nutzen und eine langfristige Perspektive anbieten.

Deshalb fordere ich Frau Ministerin Lütkes auf, ihre Stellung zu nutzen und eine gemeinsame Vernetzung der einzelnen Kreise zu sorgen, so dass alle einen finanziellen Anteil leisten.

Oder scheitert das Einwerben von privatem Engagement – wie 1996 bei den Grünen geschehen – an der grundsätzlichen Erwägung, dass eine Spende und die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit die Politik für Kinder nicht ändere?

Freiwilliges Engagement darf sich eben nicht auf das Motto beschränken: Zeitung gelesen – dabei gewesen!

Wenn das Land und die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte das ehrenamtliche Angebot tatsächlich ernst nehmen, ist jetzt nicht nur die gemeinsame Erarbeitung eines Konzeptes zur Finanzierung und die Schaffung einer verlässlichen finanziellen Grundlage notwendig - sondern ein Umdenken, wie wir freiwilliges Engagement künftig honorieren.“